

Besitzungs-Gebühr
verzinslich für Dresden
bei täglich zweimaliger Ausgabe von Sonn- und Montagen
nur einmal 2,50 M.,
durch ausserordentliche An-
zahlungen bis 3,50 M.
Bei einemmaliger Au-
sgabe durch die Zeit-
ung 2,50 M. (drei Beispiele).
St. Pauli: Zeit-
ungsliegen 5,45 M.,
Schreib. 5,45 M., Brief-
post 2,17 M.,
Rabatt auf alle mit
bestellter Quellen-
angabe (Dresden-
Blatt, "Sparta", Un-
verkündige Monatshefte
werden nicht bestellt).

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif.
Anzeigen von Anführ-
bungen bis nach
2 Uhr, Sonntags nur
Marienstraße 38 von
11 bis 14 Uhr. Die
einmalige Zeile (eines
8 Seiten) 20 Pf., die
gewöhnliche Zeile auf
Zehnseiten 70 Pf., die
gewöhnliche 1,50 M. Sammeln-
Abdrücke aus Dresden
die einzeln. Zeile
20 Pf. — Zur Num-
mer nach Sonn- und
Mittwoch erscheint
Tafel — Auszüge
auf Anfrage nur gegen
Vorabnahme.
Zeitung Blatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 * 2096 * 3601.



Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.



Preiswert bei hervorragender Qualität,
Keine Durchschnittsware — sondern originelle Modelle,
Sorgfältige Durchführung aller Aufträge bei con-
stantester Bedienung
sind die anerkannten Vorteile —
Größter Umsatz bei kleinem Nutzen ist das Prinzip der
„Raumkunst“ DRESDEN-A.
Eigene Fabrikation von Wohnungs-Einrichtungen aller Stilarten.

Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
aus der
Radeberger Exportbierbrauerei.



Kretschmar, Bösenberg & Co.
Kronleuchterfabrik
Königl. Sächs. Hoflieferanten
DRESDEN-A.
Serrestr. 5 u. 7.

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise.

C. H. Hesse Nachf., Marienstr. 20,
■ 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Bedeutet, kühle, zeitweise Regen, schwache Gewitterneigung.

Auf dem Festkommers der Jubiläumsdagung des Königl. Sachs. Militärvereinsbundes im Ausstellungspalast hielt Se. Majestät der Königin eine mit brausendem Jubel aufgenommene Rede an seine alten Soldaten.

Der König nimmt heute mittag mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Christian den Vorbeimarsch des K. S. Militärvereinsbundes entgegen.

Nach dem Armee-Verordnungsbollett kommt nach Dresden die 3. Kompanie des Fußschiß-Bataillons Nr. 2 und nach Zittau die 3. Kompanie des Flieger-Bataillons Nr. 1.

Das erste Drittel des Wehrbeitrages wird voraussichtlich im Laufe des zweiten Quartals 1913 zu bezahlen sein.

Der Reichshaushalt für 1912 schließt mit einem Überschuss von reichlich 77 Millionen Mark ab.

Der Deutsche Kriegsstaat sprach sich einmütig für die volle Aufrechterhaltung des Reichsimportgesetzes aus.

Die umklammerte serbische Timotheision wurde nach bestem Widerstand von den Bulgaren völlig geschlagen.

Die Türkei hat sich nach einer Wiener Meldung Bulgarien gegenüber zur Neutralität verpflichtet, wogegen Bulgarien auf eine Kriegsentlastung des Kriegsimportgesetzes aus.

Griechenland erlief die Pforte um die Erlaubnis zur Dardanellen-Durchfahrt für die griechische Flotte, wofür die Autonomie mehrerer Griechischer Inseln zugestanden werden soll.

Der enttäuschte und der erfolgreiche Poincaré.

Die mit so grossem Hansarengeschmack angekündigte Reise Herrn Poincarés, des Präsidenten der französischen Republik, nach England hat ihm und Frankreich nur recht magere Früchte eingebracht. König Georg von England hat Herrn Poincaré mit aller Höflichkeit und allem Pomp empfangen, der gekrönten Häuptern und vornehmlich dem von alters her recht zeremoniellen englischen Hofe zur Verfügung steht. Zahlreiche persönliche Ehrenzeichen sind ihm erwiesen worden, man hat ihn höflich behandelt, wie man eben einen Gast zu behandeln pflegt, der sich selbst zu Besuch angekündigt hat, aber man hat ihm in politischer Beziehung keine Avancen gemacht. König Georg steht im Gegensatz zu seinem Vater, dem König Eduard VII., den Franzosen äußerst kühl gegenüber. Der König von England hat zwar dem neuen Präsidenten seinen Gegenbesuch für das nächste Frühjahr angekündigt — das möchte er, wollte er nicht unhöflich erscheinen —, aber er hat seinem Gastfreund deutlich zu verstehen gegeben, daß er nicht gesonnen ist, die neuen Bahnen der englischen Politik zu verlassen und zu dem System des kontinentalen Engagements zurückzufallen. Frankreich sollte gern die Beziehungen zu England noch "herzlicher" gestalten, es wollte das Freundschaftsband enger als bisher knüpfen. Dafür war es Herrn Poincarés Willen, wenn irgend möglich eine militärische Konvention, wie sie seinerzeit mit König Eduard VII. in den Tagen des französisch-deutschen Marokkokaufes unter Deleau's Regie abgeschlossen worden ist, von der Pforte über den Kanal mit heimaubringen, um so die französisch-russische Militär- und Marinekonvention in willkommener Weise zu ergänzen und England wieder in den alten Antagonismus gegen Deutschland hineinzutreiben. Was die französischen Blätter tun könnten, um dem englischen Kabinett und Volke diese Gedanken plausibel zu machen, haben sie redlich actan. Aber die englischen Staatsmänner haben im wohlverstandenen Eigeninteresse sich diesmal zugänglich und reizvoll gezeigt und Herrn Poincaré mit einigen höflichen, aber nichtsagenden Redensäcken abgeweist, und auf denselben Ton waren die Trinkspiele getrimmt, die zwischen dem französischen Staatsoberhaupt und dem König Georg gewechselt wurden. So ist denn Herr Poincaré enttäuscht und verharrt in den Elbepalästen zurückgekehrt. Schnell genug ist die Röntgenstrahlung jener Junfernstage verslogen und der herbe Alting tritt wieder in seine Rechte.

Damit sind die innerpolitischen Sorgen für Herrn Poincaré und seinen Ministerpräsidenten Barthou wieder in den Vordergrund getreten, und die bange Frage schwankt schicksalshafter über den seitenden Staatsmännern, wie man den Widerstand der Radikalen und Radikal-Sozialisten gegen die dreijährige Dienstzeit brechen kann, ehe es zu spät ist. Es gilt, den überzeugten Anhängern der zweijährigen Dienstzeit unter den Radikalen die schwerwiegende und verhängnisvolle Wahrheit beizubringen, daß aus den englischen Freunden in militärischer Beziehung nicht zu hoffen ist, und daß deswegen die eigene militärische Kraft in vollem Umfang nutzbar gemacht werden muß. Zugleich hat Herr Poincaré ein dem russischen Freunde gegebenes Versprechen einzulösen. Das alles drückt mit schwerer Sorge auf seiner Seele. Denn der russische Zar lädt nicht mit sich wachsen und wäre imstande, alle Bündnis-Zulagen rückgängig zu machen, wenn das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich nicht durchgedrückt würde. Es wirkt der ganzen Autorität des Präsidenten und seiner Minister bedrohen, um dieses Gesetz durchzudrücken. Die Ablehnung dieses Gesetzes würde nicht nur eine parlamentarische Niederlage des Kabinetts Barthou bedeuten, sondern auch einen persönlichen, politischen und moralischen Misserfolg und vielleicht das Ende der Präsidentenherrschaft Herrn Poincaré.

Herr Barthou ist aber in der Tat auch um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Er hat ein Defizit von mindestens 400 Millionen zu rechtfertigen, er soll von der Kammer 200 Millionen für Marokko fordern und neben den Kosten der Milliardenanleihe, die für die einmaligen Kosten der Wehrvorlage aufgenommen werden muss, die Bewilligung von über 200 Millionen ständige Ausgaben für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit durchführen und anderweitig noch den präzisiellen Kampf um die Biedereinführung der dreijährigen Dienstzeit führen. Tatsächlich hat der Ministerpräsident in der bisherigen parlamentarischen Kampagne nicht ungeschickt operiert. Der Kampf um Heeresvorlage und Dekret ist dadurch erleichtert worden, daß der Kabinettschef den Kredit der für 1913 erforderlichen 24 Millionen Francs für die Zurückhaltung des dritten Jahrganges bei den Jähnern sich vorweg hat bewilligen lassen.

Die Gegner der Vorlage sind nun auch nicht untätig gewesen. Sie haben eine Reihe von Gegenentwürfen eingebracht, die beweisen sollen, daß Frankreich auch ohne die dreijährige Dienstzeit auskommen könnte. Diese Entwürfe knüpfen grundsätzlich an die zweijährige Dienstzeit an, wollen aber eine gewisse Verlängerung der Dienstzeit aufstellen unter Berücksichtigung der Erhöhung der Schlagfertigkeit. Nun sind endlich in den letzten Tagen, wie unseren Lefern bekannt, die Entscheidungen gefallen. Die Sonne des Glücks scheint doch wieder dem Ministerium Barthou und dem Staatschef selbst, dessen arbeitsame Sorge dieses Gesetz lebt. Der Gegenentwurf Messimy-Boncours, der dem Kabinett am gefährlichsten war, weil er unter der Voraussetzung einer 28-monatigen Dienstzeit mit Einschaltung von drei Ausbildungssperioden die meiste Aussicht auf Annahme hatte, ist in der Donnerstag-Sitzung der französischen Kammer mit 312 gegen 266 Stimmen gefallen, nachdem die Re-

gierung gegen den Entwurf die Vertrauensfrage gestellt hatte. Somit ist, wie die französischen Blätter selbst zugeben, das Haupthindernis für die Durchbringung der Regierungsvorlage beseitigt. Allerdings ist die Mehrheit der Regierung nicht gerade imponierend. Sie beträgt nur 48 Stimmen. Verübt hätten man, daß der Gegenentwurf Augagneur mit 333 gegen 214, der Gegenentwurf Painlevé mit 323 gegen 223 Stimmen gefallen ist, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Opposition zahlenmäßig gewonnen ist. Andesten nimmt man allgemein an, daß die Opposition mit den drei Gegenentwürfen ihre Kraft erhöht hat und nunmehr genügt ist, im Prinzip die dreijährige Dienstzeit anzuerkennen. Die noch ausstehenden, noch nicht zur Abstimmung gelangten Gegenentwürfe Pasquier, Heiss und General Pétain haben nach dem Ansehen ihrer Antragsteller nicht mehr das Gewicht und die Bedeutung wie die vorerwähnten, bereits gefallenen. Der Antragsteller Heiss hat unter demindruck der letzten Siege der Regierung keinen Gegenentwurf zurückgezogen. Die eigentlichen Beratungen über die Regierungsvorlage beginnen erst am Montag, und zwar zunächst mit dem Abchnitt über die dreijährige Dienstzeit. Die entscheidenden Abstimmungen sind erst Ende der Woche zu erwarten.

Die französische Regierungspresse schwelt zwar nach den Ereignissen der letzten Tage in freudigen Hoffnungen. Allein noch ist die Regierung nicht über den Berg. Die nächsten Tage können noch manche Überraschungen bringen und die Stärke der Opposition ist bei einer Zahl von 264 republikanischen Abgeordneten nicht zu unterschätzen. Aber auch ein glücklicher Umstand kommt der Regierung doch wieder zufließen, und das ist die Annahme der deutschen Heeresvorlage in unserem Reichstag mitamt der Kostendeklaration. Die Ausübung eines solch günstigen Moments wird sich die französische Presse nicht so leicht entgehen lassen und wir auf Kommando hat denn auch die regierungsfreundliche republikanische und nicht minder die nationalistische Presse das hervorragende Agitationsmittel aufgegriffen, um das Schreckgespenst einer deutschen Invasion und einer weitausegreifenden und Frankreich bedrohenden imperialistischen Politik Deutschlands dem leicht zu beeinflussenden französischen Bürgertum hinzuhinzuweisen.

Auch in bezug auf die Dekretung sucht man in Frankreich das deutsche Vorbild nachzuahmen. Die außerordentlich großen Kosten der Heeresvorlage sollen nach einer Zusage, die der Ministerpräsident Herrn Janvier gegeben hat, auf die Schultern der Besitzenden und Wohlhabenden gelegt werden, um einen Ausgleich für die Belastung zu schaffen, die den unteren Klassen durch die Verlängerung der Dienstzeit entsteht. Die Radikalen werden, wenn sie schon ihre dogmatischen Bedenken unterdrücken und die dreijährige Dienstzeit annehmen, auf den Erfüllung dieses Versprechens bestehen. Ob es aber der Regierung gelingt, in noch keineswegs sicher. Herrn Barthou und Herrn Poincaré stehen noch schwere Tage bevor.

Der Krieg gegen Bulgarien.

Der merkwürdige Kriegszustand Serbiens, Griechenlands, Montenegros und Rumäniens gegen Bulgarien dauert an. Auf beiden Seiten sind Teile der Pforte errungen worden, aber die diplomatischen Beziehungen sind noch nicht abgebrochen. Auch die offiziellen Kriegserklärungen der vier Balkanstaaten liegen in Sofia noch nicht vor, — für unsere Verhältnisse ein sehr merkwürdiger Zustand. Bulgarien liegt es anscheinend daran, seinen alten Feind, die Türkei, und auch Rumänien zu binden. Denn in Sofia fürchtet man wohl auch mit Recht, daß die Pforte aus dem gegenwärtigen Stand der ehemaligen Verbündeten Außen stehen könnte. Das bulgarische Kabinett ist deshalb bemüht, der Pforte gewisse Zugeständnisse zu machen, die der "Danub" in Konstantinopel in einem in der türkischen Hauptstadt vielberühmten Artikel bereits geordnet hat. Auch Griechenland soll der Pforte verschiedene Vorstöße gemacht haben für den Fall, daß man in Istanbul den neuen griechischen Krieg in gewisser Hinsicht indirekt unterstützen. Unter den Griechen steht in erster Linie der Gedanke aufgetaucht, gemeinsam zu vermitteln, angeblich unter Bortritt

Deutschlands. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß eine Vermittlung jetzt noch viel nützen wird. Bulgarien sucht sich inzwischen von dem Verdacht zu reinigen, daß es im neuen Kriege Niederlagen erlitten habe; es muß jedoch verschiedene tschechische Siegesmeldungen, wenn auch ungewöhnlich, bestätigen. Was in Sofia selbst vorgeht, erfährt man nicht. Die Zentrale arbeitet in Bulgariens Hauptstadt anscheinend sehr hart. Ungeklärt ist z. B. noch, wie man nach Wien den Rücktritt Dr. Danews melden konnte, der, wie berichtet, 24 Stunden später von der amtlichen bulgarischen Nachrichtenquelle dementiert wurde. In Athen ist inzwischen am Sonnabend eine Kriegserklärung des sogenannten Montenegrins erschienen, die das Volk zum "Befreiungskrieg" gegen den bulgarischen Bundesgenossen aufrief.

Die griechische Kriegserklärung an das Volk hat folgenden Wortlaut:

"In mein Volk! Ich rufe mein Volk zu neuem Kampfe auf. Verbündet mit den anderen christlichen Staaten, um die leidenden Brüder zu befreien, haben wir das Glück gehabt, den Kampf vom Sieg getrennt, die